

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 27. November 2012

**Abänderungsantrag zu Antrag 8.11
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 29. November 2012**

Um der staatlich subventionierten Solar- und Photovoltaikoffensive aus Fernost in Europa – auf internationaler Ebene – zu begegnen, empfehlen beispielsweise deutsche Regierungs- und Oppositionspolitiker den Gang vor die Welthandelsorganisation in Genf. Die US-Administration hingegen setzt nach einem Anti-Dumping-Verfahren auf Strafzölle, um diesem unfairen Wettbewerb entgegenzutreten. Inzwischen liegt auch bei der EU-Wettbewerbsbehörde eine entsprechende Anzeige von europäischen Branchenvertretern vor, die sich die Einführung von Strafzöllen erwarten. Eine diesbezügliche Entscheidung wird wohl noch Jahre dauern.

Hierbei geht es nicht um Protektionismus, sondern um dessen Bekämpfung. Umwelt- und Sozialstandards werden nicht berücksichtigt. Zinsgünstige Darlehen von staatlichen Banken an chinesische Unternehmen – die eigentlich in Europa als nicht kreditwürdig gelten würden – zeichnen ein weiteres Sittenbild. Der faire Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe – mit marktwirtschaftlichen Prinzipien – wird hier mit Füßen getreten!

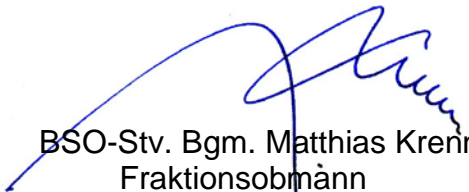
Um in diesem Schlagabtausch die klaren Ungleichgewichte auszumerzen, könnte eine gesetzliche Regelung Abhilfe schaffen. Die Einführung verbindlicher und regelmäßiger Qualitätskontrollen, um in den Genuss von heimischen Förderungen zu kommen, könnte helfen. Nur jene Produkte, die einer entsprechenden Kontrolle unterliegen, werden gefördert. So könnten beispielsweise auch Umwelt- und Sozialstandards als eine Art „soft skills“ mit bewertet werden. Darüber hinaus könnte der Ressourcenschutz entlang der Wertschöpfungskette mit einbezogen werden.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:


Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Solar- und Photovoltaikanlagen nur dann mit österreichischem Steuergeld gefördert werden, wenn von den Herstellern die entsprechend definierten Qualitätskriterien erfüllt werden.



BSO-Stv. Bgm. Matthias Krenn
Fraktionsobmann



KommR Fritz Amann
WKÖ-Vizepräsident



Dr. Erich Schoklitsch
Delegierter zum Wirtschaftsparlament